

Niederschrift
über die 6. Sitzung des Fachausschusses „Soziales, Arbeit, Inklusion und soziale Fördergebiete“
am Mittwoch, den 24.02.2021, um 18.00 Uhr
im Rahmen einer Videokonferenz (im Livestream)

Anwesende:

FA-Mitglieder: Heike Hey, Rosemarie Kovač, Ulrike Krewitt, Christin Loroff, Volkhard Sachs (i.V.), Holger Sauer, Ewald Stehmeier (i.V.), Andreas Breitzke (nicht stimmberechtigt), Marion Seidel (nicht stimmberechtigt),

Fehlend: Gabriele Klaassen (e), Samer Mohammed (e),

Gäste: Frau Tempel (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.), Frau Munderloh, Frau Jambor (beide Seniorenzentrum BGO),

Sitzungsleitung und Protokoll: Theodor Dorer (Ortsamt Obervieland)

Der Sitzungsleiter begrüßt die Anwesenden.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Arsten-Nord, Ist-Stand zur aktuellen Förderkulisse

Aufgrund der Neufestlegung von Sozialindikatoren für das Monitoring Soziale Stadt vor dem Hintergrund veränderter gesetzlicher Vorgaben ist für Arsten-Nord künftig keine Förderung mehr aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) möglich. Das Ergebnis ist allerdings in erster Linie auf abgewandelte demographische Zuschnitte zurückzuführen – die Situation im bisherigen Förderbereich hat sich tatsächlich nicht nachhaltig verändert. Um für Arsten-Nord daher auch weiterhin die notwendige Unterstützung sicherstellen zu können, ist künftig eine alternative Finanzierung über das Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ vorgesehen. Dieses Landesprogramm wiederum gliedert sich in die vier Säulen „Quartierszentren“, „Kleinst- und Sondergebiete“, „Quartiere in der Entwicklung“ und „Innovationen“. Die künftige Förderung für Arsten-Nord soll über den neuen Strang „Kleinst- und Sondergebiete“ erfolgen. Da das erforderliche Ausschreibungsverfahren für die Benennung eines zukünftigen Trägers im Laufe des Jahres 2021 erfolgt, ist zunächst eine Einordnung in den Strang „Quartierszentren“ und zu einem späteren Zeitpunkt (geplant ist ab 2022) dann die Überleitung in den Strang „Kleinst- und Sondergebiete“ vorgesehen. So ist nach dem Auslaufen der bisherigen WiN-Förderung ein nahtloser Übergang der Förderkulisse sichergestellt.

Der Beirat konnte im direkten Förderbereich Arsten-Nord selbst keine Verbesserung erkennen. Auf Unverständnis stieß auch, warum zukünftig eine Förderung als WiN-Gebiet nicht mehr möglich ist und die Trägerschaft aus dem Quartiersmanagement herausgegliedert wird.

In diesem Zusammenhang wurde dem Ortsamt ein von Frau Kovac und Frau Dahnken erarbeiteter Fragenkatalog übermittelt, der von Frau Krewitt um zwei weitere Fragen zum Qualitätsmanagement ergänzt wurde. Diese Fragen liegen dem Ausschuss vor.

Aktuell wird das Fördergebiet Arsten-Nord vom DRK betreut und ist vorübergehend für die Mittelvergabe und Trägerschaft bei den „Quartierszentren“ eingebunden.

Die Ausschussprecherin erläutert dem Ausschuss die Hintergründe und unklaren Sachverhalte, aus denen heraus die vorliegenden Fragen formuliert wurden, die dann von der Behörde in einer der nächsten Beiratssitzungen beantwortet werden sollen.

Herr Sachs stellt den Antrag, über den Fragenkatalog mit den Ergänzungen von Frau Krewitt wie vorgelegt abzustimmen. Es folgen einige Wortmeldungen, in denen die Fragen inhaltlich erörtert werden und es wird

vorgeschlagen, den Fragenkatalog vorab zur Befassung an die Behörde zu versenden, wobei eine Beantwortung in einer Beiratssitzung erfolgen soll.

Nach eingehender Aussprache zu den Wünschen und Ansprüchen an die zukünftige Trägerschaft sowie zur Gestaltung und Wahrnehmung Ihrer Aufgaben stimmt der Ausschuss über den Fragenkatalog ab und fasst den folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland hat sich im Rahmen seiner Gremienarbeit über seinen Fachausschuss Soziales, Arbeit, Inklusion und soziale Fördergebiete mit der o.g. Interessenbekundung befasst, da auch für den Förderbereich Arsten-Nord eine Überleitung in den Strang „Kleinst- und Sondergebiete“ vorgesehen ist. In diesem Zusammenhang bittet der Beirat um die Beantwortung folgender Fragestellungen zum Sachverhalt:

- 1) Warum verbleiben die für den Förderstrang „Kleinst- und Sondergebiete“ vorgesehenen Bereiche nicht in der Verantwortung der Quartiersmanager*innen und somit dem Amt für Soziale Dienste (ggf. über das Andocken einer zusätzlichen Stelle)?
- 2) Spielen wirtschaftliche Belange bei der geplanten Auslagerung eine tragende Rolle?
- 3) Möchte die Behörde mit der geplanten Auslagerung eine Pufferzone hinsichtlich der künftigen Weiterentwicklung der Quartiere schaffen?
- 4) Es konnten sich nur freie Träger an der Interessenbekundung beteiligen. Wie wird gewährleistet, dass es in keinem der vorgesehenen Bereiche zu Interessenskonflikten kommt?
- 5) Im Weser-Kurier vom 20.02.2021 war zu lesen, dass die 14 derzeitigen Quartierszentren (und in diesem Jahr zudem der Bereich Arsten-Nord) im laufenden Haushaltsjahr mit 850.000 Euro an Fördermitteln absichert werden. Welcher Förderanteil ist in diesem Rahmen für Arsten-Nord vorgesehen?
- 6) Wie kann sichergestellt werden, dass Erfahrungen und Strukturen des Quartiersmanagements auch auf das neue Projekt (mobiles Quartiersmanagement) übertragen und dort genutzt werden können?
- 7) Wird für das geplante Verfahren ein begleitendes Monitoring zur laufenden Qualitätssicherung vorgesehen?

(Einstimmige Zustimmung, 7 Ja-Stimmen: Heike Hey: Ja, Rosemarie Kovač: Ja, Ulrike Krewitt: Ja, Christin Loroff: Ja, Volkhard Sachs: Ja, Holger Sauer: Ja, Ewald Stehmeier: Ja,)

TOP 3: a) Vermittlung von verständlichen und leicht zugänglichen Gesundheitsinformationen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie (Projektvorstellung)

dazu: Vertreter*innen der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. (LVG&AFS))

b.) Covid 19-Impfungen für über 80-Jährige direkt im Stadtteil (Beschlussvorschlag Fraktion FDP)

Zu a:

Die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. berät in Kooperation mit der Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e.V. im Auftrag der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz in den WiN-Gebieten über Stadtteilbezogene Unterstützungsleistungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie.

Frau Tempel ist als Gesundheitsfachkraft für das WiN-Gebiet Kattenturm zuständig und stellt sich und ihre Arbeit dem Ausschuss mit Hilfe der anliegenden Präsentation (Anlage 1) vor. Das Kooperationsbüro in Bremen betreut mehrere Kooperationsprojekte, z.B. Gesundheitsfachkräfte an Schulen, Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Bremen, Elternwerkstatt und Gesundheitsfachkräfte in Bremer Quartieren.

Die Arbeit der insgesamt 9 Gesundheitsfachkräfte im Rahmen der Covid-19-Pandemie, deren Ausgangslage und ihre Ziele, die vorhandenen Rahmenbedingungen, mögliche Unterstützungsleistungen, die Aufgaben der Gesamtkoordination und der Präventionsfachkräfte, die Rolle der Stadtteilakteure sowie die Inhalte der aufsuchenden Arbeit werden in der Anlage 1 beschrieben. Ziel ist es, möglichst breit in den

Quartieren präsent zu sein und Informationen in die Stadtteile zu bringen. Das Projekt ist zunächst bis 2021 befristet, eine Verlängerung ist bei Bedarf möglich.

Die Arbeit ist zunächst auf nur die WiN-Gebiete im Stadtgebiet beschränkt, weil dort statistisch der dringendste Handlungsbedarf gesehen wird.

Aus dem Ausschuss wird mehrfach eine Änderung bei der Taktik zur Pandemie-Bekämpfung gefordert. Dies zu beurteilen ist nicht Bestandteil des Beratungsauftrags. Die Präventionsfachkräfte werden aber auf den Umgang mit solchen Fragen wie auch auf die Kommunikation in leichter Sprache vorbereitet.

Zu b:

Der Sitzungsleiter stellt dem Ausschuss den Antrag der FDP vor, in dem Impfmöglichkeiten für über 80 – jährige im Stadtteil gefordert werden. Begründet wird dies mit den kürzeren Wegen für die Betroffenen und der damit erwarteten Erhöhung der Impfbereitschaft sowie geringeren Fahrtkosten für Taxis. In diesen regionalen Impfstationen könnten später dann auch die anderen Altersgruppen je nach Priorisierung geimpft werden.

Aus dem Gesundheitsressort gibt es dazu die Auskunft, dass regionale Impfzentren in Bremen aktuell nicht vorgesehen sind. Dies hängt mit den Transport- und Lagermöglichkeiten, Lieferkapazitäten und der Verträglichkeit des Impfstoffs zusammen. Außerdem möchte man die vorhandenen Kapazitäten lieber bündeln als sie auf regionale Stationen zu zersplittern.

Der Antrag wird im Ausschuss kontrovers diskutiert. Als Standort käme das BGO in Frage, allerdings weist auch der Bürgerhausleiter auf die damit verbundenen hohen Kosten hin. Außerdem müssten solche Standorte dann auch in den anderen Stadtteilen entstehen, wofür vermutlich nicht ausreichend Personal zur Verfügung steht. Es wird vorgeschlagen, das im Antrag genannte Alter auf 60 Jahre zu reduzieren um die Impfmöglichkeit für einen erweiterten Personenkreis zu öffnen. Außerdem soll in der Begründung auf den Passus mit den geringeren Taxikosten verzichtet werden.

Als Alternativbeschluss wird aus der SPD-Fraktion die Aufnahme von Obervieland in das Pilotprojekt „Impfen in Arztpraxen“ (siehe Mecklenburg-Vorpommern) vorgeschlagen.

Der Ausschuss stimmt zunächst über den modifizierten FDP-Antrag (Alter in ab 60 geändert und die Taxikosten gestrichen) ab und fasst den folgenden

Beschluss:

Der Fachausschuss Soziales, Arbeit, Inklusion und soziale Fördergebiete lehnt den vorgestellten Antrag ab.

(Mehrheitliche Ablehnung, 3 Ja-, 4 Nein-Stimmen: Heike Hey: Nein, Rosemarie Kovač: Nein, Ulrike Krewitt: Nein, Christin Loroff: Ja, Volkhard Sachs: Ja, Holger Sauer: Nein, Ewald Stehmeier: Ja,)

Anschließend stimmt der Ausschuss über den Antrag der SPD-Fraktion zur Teilnahme an dem Pilotprojekt Hausärzte ab und fasst den folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz auf, für die Stadt Bremen ein vergleichbares Pilotprojekt wie in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Niedersachsen zum „Impfen in Arztpraxen“ vorzusehen und den Stadtteil Obervieland in diesem Pilotprojekt entsprechend zu berücksichtigen.

Begründung:

Neben dem allgemeinen Ausbau an Impfkapazitäten ließen sich auf diesem Wege insbesondere auch regionale Kapazitäten und die Möglichkeiten für Hausbesuche mobilitätseingeschränkter Personen schaffen.

(Einstimmige Zustimmung, 7 Ja- Stimmen: Heike Hey: Ja, Rosemarie Kovač: Ja, Ulrike Krewitt: Ja, Christin Loroff: Ja, Volkhard Sachs: Ja, Holger Sauer: Ja, Ewald Stehmeier: Ja,)

TOP 5: Globalmittelantrag: Bürgerhaus Obervieland, Anschaffung Alterssimulationsanzug,

Antragssumme: 2.254,89 €

Frau Munderloh erläutert dem Ausschuss den Antrag und die Höhe der Antragssumme und begründet diese wie folgt:

Alter bedeutet nicht gleich Krankheit, jedoch nimmt mit steigendem Alter das Risiko zu erkranken und Einschränkungen zu erfahren zu. Über einen Alterssimulationsanzug können altersbedingte Einschränkungen am eigenen Körper erfahrbar und so ein „realistischer“ Rollentausch ermöglicht werden. Vor diesem Hintergrund werden Qualifizierungen / Veranstaltungen für freiwillige Helfer*innen, Übungsleiter*innen von z. B. Sportvereinen, Nachbarschaftshelfer*innen oder Schülerinnen die vor einem Sozialpraktikum stehen, aber auch interessierten Bürgerinnen geplant.

Der Anzug kann von Bürgerinnen genutzt werden, um Altersstereotype abzubauen. Zudem soll die Nutzung des Alterssimulationsanzugs anregend und vorbereitend auf Freiwillige wirken, die sich für die Arbeit mit älteren Menschen z. B. im Seniorenbegegnungszentrum, in den Alten- und Pflegeheimen im Quartier, bei der Aufsuchenden Altenarbeit Hausbesuche Obervieland oder im Dienstleistungszentrum Obervieland interessieren. Im Rahmen der kontinuierlich laufenden Fortbildung für Freiwillige „Szenenwechsel“ ist bereits ein Bedarf an der Nachvollziehbarkeit von altersbedingten Besonderheiten entstanden, der mit dem Alterssimulationsanzug gedeckt wird. Auch für die Übungsleiter*innen des TuS Komet Arsten e.V. ist der Anzug von Bedeutung um sich angemessen auf die Sportgruppen für ältere Menschen vorbereiten zu können.

Im Rahmen des Rollentausches / Szenenwechsel wird der Alterssimulationsanzug nicht nur ausprobiert, es werden ebenfalls verschiedene Aufgaben zu bewältigen sein, wie z. B. das Herausnehmen einer bestimmten Summe von Münzen aus dem Portemonnaie, oder das |Treppensteigen. So wird das verständnisvollere Miteinander im Quartier gestärkt und die | Teilnehmenden bekommen einen Einblick in die täglich zu bewältigen Aufgaben und die Kompetenz die ein Leben mit Handikap nicht nur im Alter erfordert.

Um einen Dialog zwischen den Generationen anzuregen, ist es sinnvoll das Anlegen und Ausprobieren des Anzugs durch ältere Menschen begleiten zu lassen. So kann einerseits durch Erläuterungen und Erfahrungen der älteren Menschen des Stadtteils der Schrecken von altersbedingten Einschränkungen für die Jüngeren abgeschwächt werden. Andererseits haben die älteren Menschen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen lebhaft zu teilen, gehört zu werden und direkt ein wachsendes Verständnis zu erfahren.

Sinnvoll ist die Anschaffung des Alterssimulationsanzugs „Basis Set GERT“, sowie die Simulationsbrillen, Hemiparese Simulation und die Überschuhe. Insbesondere typische Konfliktsituationen im Straßenverkehr durch einen verlangsamten, unsicheren Gang, Schwerhörigkeit und fehlende Sicht können so nachvollziehbarer gemacht werden. Weil Gangstörungen und Seheinschränkungen nicht nur ältere Bürgerinnen betreffen, kann darüber hinaus auch Verständnis für alle Bürgerinnen mit entsprechenden Einschränkungen im Stadtteil geschaffen werden. Auf schmerzsimulierende und weitere noch stärkere Einschränkungen simulierende Komponenten des Simulationsanzugs GERT möchten wir verzichten um "negative angstbesetzte Altersbilder nicht unnötig zu verstärken.

Nach umfassender Aussprache fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss: Der Fachausschuss Soziales, Arbeit, Inklusion und soziale Fördergebiete empfiehlt dem Beirat, eine Summe in Höhe von 2.254,89 € zu bewilligen.

(Mehrheitliche Zustimmung, 5 Ja- Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung: Heike Hey: Ja, Rosemarie Kovač: Ja, Ulrike Krewitt: Ja, Christin Loroff: Ja, Volkhard Sachs: Enthaltung, Holger Sauer: Ja, Ewald Stehmeier: Nein)

TOP 6: Verschiedenes

Nächster Sitzungstermin 22.03.2021, Vorbereitung der Befassung zum Thema „Anstehende sanierungsbedingte Änderungen der Gesundheit Nord – Auswirkungen auf das Klinikum Links der Weser“ im Rahmen der Beiratssitzung am 13.04.2021.

Die Sitzung endet um 19:40 Uhr.

gez. Dorer
Sitzungsleitung und Protokoll

gez. Kovač
Ausschusssprecherin